



Ausgabe: Dezember 2017

## **Demokratie-Newsletter**

### **Allgemeines zum Thema «Demokratie»**

- Tages-Anzeiger vom 5. Dezember 2017, Seite 3  
*Kleine Grossmacht – Eine goldene Politikergeneration hat Freiburg in Bern zum mächtigsten Kanton gemacht. Jetzt übernehmen die Freiburger die zwei höchsten Staatsämter. Doch ihre Dominanz neigt sich dem Ende zu.*
- Tages-Anzeiger vom 16. Dezember 2017, Seite 3  
*Am Ende der Sackgasse – Mit dem Rückzug der Rasa-Initiative würde sich die Europadebatte entspannen, heisst es. Was eher stimmt: Sie ist damit endgültig am toten Punkt angelangt.*

### **Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen**

- NZZ am Sonntag vom 3. Dezember 2017, Seite 3  
*Jetzt kommt die Initiative gegen Stopfleber – Das Parlament sagte Nein, nun soll das Volk entscheiden: Tierschützer wollen den Import von tierquälerisch erzeugten Produkten wie Stopfleber mit einer Initiative verbieten.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 8. Dezember 2017, Seite 13  
*Druck auf Rasa-Initiative wächst – Nach dem Nationalrat empfiehlt auch der Ständerat die Initiative mit grosser Mehrheit zur Ablehnung.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 8. Dezember 2017, Seite 14  
*Sterbehilfe für eine Volksinitiative – Die Bankgeheimnis-Initiative wird wohl nie an die Urne kommen.*
- Tages-Anzeiger vom 11. Dezember 2017, Seite 1–3  
*Das müssen Sie wissen, bevor Sie über «No Billag» diskutieren – Wenn die Schweiz im März über die No-Billag-Initiative abstimmt, geht es für die SRG um alles oder nichts. Wir haben die Fakten zum Thema gesammelt.*
- Tages-Anzeiger vom 12. Dezember 2017, Seite 3  
*Volles Risiko – Niemand unterstützt sie, niemand kann ihnen folgen. An der Urne wollen sie trotzdem gewinnen. Unterwegs mit Unterstützern der Vollgeldinitiative.*



- Neue Zürcher Zeitung vom 19. Dezember 2017, Seite 13  
*Gegenprojekt zu SVP-Initiative – FDP- und CVP-Ständeräte wollen das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht klären.*
- Tages-Anzeiger vom 13. Dezember 2017, Seite 5  
*Plötzlich diese Übersicht – Der Rückzug der Rasa-Initiative vereinfacht die Schweizer Europapolitik schlagartig. Die neue Schlachtform heisst jetzt: Alle gegen die SVP und ihre Begrenzungsinitiative.*
- Tages-Anzeiger vom 16. Dezember 2017, Seite 5  
*SP will Frauen fördern statt Burkas verbieten – Die Sozialdemokraten gehen in der Ausländerdebatte zunehmen in die Offensive. Nun wollen sie mit einem Gegenvorschlag zur Burkaverbotsinitiative die Stellung von Migrantinnen stärken. Für die Initianten ist das «an den Haaren herbeigezogen»*
- Neue Zürcher Zeitung vom 29. Dezember 2017, Seite 14  
*«Die Burkaverbot-Initiative wird zum Testfall» - Ein Religionsartikel löst laut dem Politikwissenschaftler Antonius Liedhegner keine Probleme.*

## Gerichtsurteile

- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 22. November 2017, [AN.2017.00001](#)  
Gemeindebeschwerde (Bassersdorf) – Vereinsunterstützungsverordnung vom 16. März 2017. Die Eintretensvoraussetzungen sind von Amts wegen zu prüfen. In den vorinstanzlichen Akten befindet sich weder die angefochtene Verordnung noch der entsprechende Beschluss der Gemeindeversammlung. Ebenso bleibt unklar, ob die Verordnung im Sinne von § 10 Abs. 1 VRG publiziert wurde. Der Bezirksrat Bülach hat damit die Eintretensvoraussetzungen nicht hinreichend abgeklärt. Für eine allfällige materielle Beurteilung des Rekurses sind zudem die Gesetzesmaterialien und allenfalls mit der strittigen Verordnung zusammenhängende weitere Rechtserlasse der Gemeinde beizulegen. Teilweise Gutheissung und Rückweisung.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 22. November 2017, [1C\\_196/2017](#)  
Droits politiques – Recours contre la loi modifiant la loi portant règlement du Grand Conseil de la République et canton de Genève; qualité pour recourir. Recours contre l'arrêt de la cour de justice du canton de Genève, Chambre constitutionnelle, du 23 février 2017. Le recours est admis et l'arrêt attaqué annulé.
- Kantonsgericht des Kantons Freiburg, Urteil vom 11. November 2016, [601\\_2016\\_218](#), publiziert in: FZR 2017, S. 163 – 179  
Politische Rechte – Art. 119 StPG; Art. 49 PRG. Wahl in den Grossen Rat. Für das Staatspersonal ist für die Mitgliedschaft im Grossen Rat – abgesehen von den Wahlen an sich – ein zweistufiges Bewilligungsverfahren vorgesehen. Der Kandidat muss vorerst (rechtzeitig vor den Wahlen) bei der Anstellungsbehörde um die Bewilligung im Sinne von Art. 119 Abs. 2 StPG nachsuchen (personalrechtliche Bewilligung). Hinsichtlich der politischen Rechte ent-



scheidet sodann im Falle der Wahl der Grosse Rat, auf Antrag seiner für die Erhaltung zuständigen Instanz (Validierungskommission), gestützt auf Art. 49 Abs. 3 PRG über die Unvereinbarkeit der in den Grossen Rat gewählten Personen.

- Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt als Verwaltungsgericht, Urteil vom 4. Dezember 2017, [VD.2017.64](#)  
Submission – Rekurs gegen einen Beschluss des Bau- und Verkehrsdepartements vom 31. Januar 2017 betreffend Submission (E-Voting-System für den Kanton Basel-Stadt). Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 6. Dezember 2017, [VB.2017.00556](#)  
Stimmrechtsrekurs (Kantonaler Gestaltungsplan «Innovationspark Zürich») – Der Beschwerdeführer wendet sich gegen eine Verfügung der kantonalen Baudirektion betreffend die Festsetzung eines kantonalen Gestaltungsplans. Abweisung.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 18. Dezember 2017, [1C\\_517/2017](#)  
Politische Rechte – Urnenabstimmung vom 25. September 2016. Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich, 4. Abteilung, 4. Kammer, vom 23. August 2017, VB.2017.00211). Abweisung (Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten), Nichteintreten (Subsidiäre Verfassungsbeschwerde).

### Amtliche Informationen

- Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Dezember 2017  
**Elektronische Auszählung von Stimmen (E-Counting): Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 5. September 2017** ([Link zum PDF](#))
- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 4. Dezember 2017  
**Die Pflegeinitiative ist zustande gekommen**  
*Die am 7. November 2017 eingereichte eidgenössische Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» ist zustande gekommen. Die Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei ergeben, dass von insgesamt 114'403 eingereichten Unterschriften 114'078 gültig sind.* ([Link](#))
- Medienmitteilung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation vom 11. Dezember 2017  
**«No Billag»-Initiative schadet der Medienvielfalt und Meinungsbildung in der Schweiz**  
Am 4. März 2018 stimmen Volk und Stände über die «No Billag»-Initiative ab. Diese fordert die Abschaffung der Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen. Sie verlangt zudem, dass der Bund keine Radio- und Fernsehstationen subventioniert. Der Bundesrat empfiehlt, die Initiative abzulehnen. Denn diese nimmt in Kauf, dass nur noch produziert wird, was rentiert. Dies schadet der Medienvielfalt und der Meinungsbildung und erhöht den Einfluss privater Geldgeber und ausländischer Konzerne. «Für ein kleinräumiges, mehrsprachiges Land wie



die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie ist ein vielfältiges Medienangebot wichtig», betonte Bundespräsidentin Doris Leuthard bei der Erläuterung der bundesrätlichen Haltung.

- Medienmitteilung des Schweizerischen Bundesgerichts vom 13. Dezember 2017  
**Viertelstunden-Glockenschlag der evangelisch-reformierten Kirche in Wädenswil: Nächtliche Einstellung nicht gerechtfertigt (Urteil vom 13. Dezember 2017, 1C\_383/2017, 1C\_409/2016)**  
Die viertelstündlichen Glockenschläge der evangelisch-reformierten Kirche in Wädenswil (ZH) müssen während der Nacht nicht eingestellt werden. Die Massnahme ist angesichts ihrer beschränkten Wirkung in Bezug auf den Lärmschutz und dem in Wädenswil fest verwurzelten nächtlichen Glockenschlag nicht gerechtfertigt. Das Bundesgericht heisst die Beschwerde der Stadt Wädenswil und der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Wädenswil gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich gut. ([Link](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 20. Dezember 2017  
**Bundesrat: Kein Verhüllungsverbot in der Verfassung, aber gesetzliche Regeln**  
Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» ab. Er ist der Ansicht, die Kantone sollen wie bisher selber über Verhüllungsverbote im öffentlichen Raum entscheiden können. Dort, wo die Gesichtsverhüllung zu einem Problem wird und eine Regelung auf Bundesebene angezeigt ist, schlägt der Bundesrat gezielte Massnahmen auf Gesetzesstufe vor. Mit einer speziellen Strafbestimmung soll jeglicher Zwang, das Gesicht zu verhüllen, geahndet werden. Ausserdem setzt der Bundesrat Grenzen, wo es um den Kontakt mit Behörden geht. Damit die Behörden wissen, mit wem sie es zu tun haben, sollen die Kontakte mit unverhülltem Gesicht erfolgen. Das schafft Vertrauen. In seiner Sitzung vom 20. Dezember 2017 hat der Bundesrat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, bis Ende Juni 2018 eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. ([Link](#))

## Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- *Im Dezember 2017 wurden keine neuen Volksinitiativen auf Bundesebene lanciert.*

## Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- Neue Zürcher Zeitung vom 1. Dezember 2017, Seite 3  
*Die Österreicher sollen ein bisschen mitentscheiden – Die wahrscheinliche Regierung will dem «Schweizer Vorbild» folgen – doch die Angst vor einem Missbrauch der direkten Demokratie ist gross.*
- Tages-Anzeiger vom 14. Dezember 2017, Seiten 6 und 7  
*Das Wunder von Alabama – Als wären die Erzengel auf die Erde herunterschwebt: Ausgerechnet Alabama wählt einen Demokraten. Der Verlierer ist ein christlicher Fundamentalist. Für Donald Trump, der letztes Jahr in diesem erzreaktionären Bundesstaat klar gegen Hillary Clinton gewonnen hatte, ist der Senat nun riskantes Terrain.*



- Neue Zürcher Zeitung vom 18. Dezember 2017, Seite 7  
*Eine Regierung, viele Fragezeichen – Österreich wäre wegen seiner Lage und Geschichte ein idealer Brückenbauer in der EU. Doch mit der neuen Regierung dürfte es für diese Rolle ausfallen.*
- Tages-Anzeiger vom 23. Dezember 2017, Seite 7  
*Eine Wahl ohne strahlenden Sieger – In Katalonien sind über 80 Prozent der Wähler an die Urne gegangen. Sie haben dem Separatisten Carles Puigdemont den Rücken gestärkt und Premier Mariano Rajoy gedemütigt.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 23. Dezember 2017, Seite 27  
*Auch die AfD will an die Steuermillionen – Den Bundestagsparteien nahestehende Stiftungen werden in Deutschland mit Steuergeld finanziert.*
- Tages-Anzeiger vom 27. Dezember 2017, Seite 9  
*Opposition unerwünscht – Der russische Regimekritiker Alexei Nawalny darf bei den Präsidentschaftswahlen im März nicht kandidieren. Grund dafür ist eine Verurteilung wegen Unterschlagung. Der Putin-Gegner rief zu einem Wahlboykott auf.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 27. Dezember 2017, Seite 5  
*Die heiklen Zugeständnisse der FPÖ – Österreichs Freiheitliche setzen sich vor allem dort durch, wo sie sich mit dem Koalitionspartner sowieso einig sind.*



## Neuerscheinungen

- BUNDESKANZLEI, Wegleitung zum Umgang mit offensichtlichen Übersetzungsfehlern bei Volksinitiativen, in: VPB 2016, Nr. 5, S. 44–49
- GIESINGER JOHANNES, Wahlrecht für Kinder?, Politische Initiation und der Status der Kindheit, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Jg. 103 (2017), H. 4, S. 456–469
- GLASER ANDREAS (Hrsg.), Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer?, Schriften zur Demokratieforschung 13, Zürich 2017
- GRÜTER FRANZ, E-Voting – eine Gefahr für die Demokratie?, in: digma – Zeitschrift für Datenrecht und Informationssicherheit, 2017, S. 193
- LENDI MARTIN, Politikkultur – Rechtskultur?, in: SJZ 113/2017, S. 593 – 598
- MARTI ARNOLD, Von Bacelona nach Delémont – Demokratie und Verfassungsgerichte als Thema, in: ZBI 118/2017, S. 647 – 648
- SCHMID GIAN ANDREA, Richterwahlen, Kritik am Bonus für Bisherige, in: Plädoyer, Jg. 35 (2017), Nr. 6, S. 31
- SEFEROVIC GORAN, Direkte Demokratie und Völkerrecht in der Schweiz – Nationaler Identifikationsfaktor im Widerstreit mit internationalem Recht, in: Sebastian Piecha et al. (Hrsg.), Rechtskultur und Globalisierung, 57. Assistententagung Öffentliches Recht, Baden-Baden und Basel 2017, S. 39–56.



### **Dokumentation**

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
  - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
  - [Verwaltungsgericht des Kantons Zürich](#)
  - [Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt](#)
  - [Kantonsgericht des Kantons Freiburg](#)

### **Kontakt**

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: [luka.markic@rwi.uzh.ch](mailto:luka.markic@rwi.uzh.ch)

[www.rwi.uzh.ch/kley](http://www.rwi.uzh.ch/kley)